Samstag, 3. Juni 2017 Klima-Politik 3



Dunkle Wolken über der Klimapolitik. Doch Trump ist nicht ganz Amerika, viele US-Bundesstaaten, Städte und Firmen haben eigene ambitiöse Klimaziele.

Bild: Marcela Fernandes/Getty

«Er will einfach billige fossile Energie»

Klimaforscher Der ETH-Klimatologe Reto Knutti weilt zurzeit in den USA und spürt den Widerstand gegen Donald Trumps Absicht, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen. Besser wäre es, diesen davon zu überzeugen, dass sich die Energiewende wirtschaftlich lohne.

Bruno Knellwolf

Reto Knutti, Klimaforscher an der ETH Zürich und Autor im Weltklimarat IPCC, weilt für ein Jahr in den USA und hat schon kurz vor der Wahl Donald Trumps daran erinnert, was dieser einst getwittert hat. «Klimawandel – ein Scherz, den die Chinesen erfunden haben.» Knutti ist das Lachen längst vergangen.

Reto Knutti, die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, dass die USA aus dem Klimaabkommen von Paris aussteigen wollen, wird Sie nicht völlig überrascht haben?

Nein, Donald Trump und einige seiner wichtigen Mitarbeiter glauben nicht, dass der Mensch den Klimawandel verursacht. Vor allem wollen sie aber billige fossile Energie für ihr Land und keine Vorschriften. Trotz nationalem und internationalem Widerstand hat Trump nun sein Wahlkampfversprechen eingehalten. Neben der Abkehr vom Klimaschutz dient dieser Schritt wohl auch dazu, die nationalen Interessen der USA ins Zentrum zu stellen, Macht zu demonstrieren, und seine Anhänger bei Laune zu halten.

Was bedeutet das für die globale Klimapolitik?

Seit über 25 Jahren gibt es Bestrebungen für ein globales Abkommen zum Klimaschutz, und jenes von Paris 2015 war der Meilenstein. Es ist somit ein höchst problematisches und kurzsichtiges Signal für die internationale Zusammenarbeit, wenn ein reiches Land und einer der grössten Klimasünder sich daraus verabschiedet. Interessanterweise sieht das Pariser Abkommen aber gar keinen Ausstieg eines Staates vor. Somit dürfte das mehrere Jahre dauern. Das Abkommen bleibt in Kraft und ist bindend.

Man könnte sich aber vorstellen, dass es Staaten gibt, die sagen: Wenn die nichts tun fürs Klima, dann wir auch nicht.

Das ist möglich. Und falls die ganze Welt für die nächsten acht Jahre weiter einen Pfad mit steigendem CO₂-Ausstoss verfolgen würde, wäre das 2-Grad-Klimaziel wohl unmöglich zu erreichen. Die Reduktionen müssten dann pro Jahr etwa doppelt so hoch sein, wie wenn wir damit heute anfangen. Wirtschaftlich wäre das kaum tragbar. Aber im Moment deutet wenig auf einen Domino-Effekt hin.

Warum nicht?

Die europäischen Länder, aber auch China und Russland, die G7/G20 und die Nato haben sich klar zu Paris bekannt. Einige Wissenschafter argumentieren,

dass es nun sogar einfacher sei, vorwärts zu gehen, als wenn die USA als Bremsklotz die Verhandlungen behinderten. Es ist also wahrscheinlich, dass andere die Führung übernehmen werden, und sich der Schritt für die USA negativ auswirkt; zusammen mit den angekündigten Budgetkürzungen im Bereich der Energie-, Umwelt und Klimaforschung werden sie ihre politische und technologische Führungsrolle verlieren und sich diplomatisch isolieren.

Immerhin freut sich die Kohle-Lobby in den USA.

Für die Kohleindustrie bedeutet der Entscheid weniger Vorschriften. Aber der Plan von Trump, im Kohleabbau Arbeitsplätze zu schaffen, wird nicht aufgehen. Die Kohleproduktion sinkt schon lange,

aber nicht wegen der Vorschriften, sondern aus wirtschaftlichen Gründen: Gas und erneuerbare Energien sind günstig. Und Arbeitsplätze gehen durch Automatisierung verloren. Die meisten Arbeitsplätze entstehen im Bereich der erneuerbaren Energien, und das wird so bleiben.

Welche konkreten Klimaschutzmassnahmen werden betroffen sein von Trumps Entscheid?

Reduktionsziele abzuschwächen, und damit wohl auch Emissionsstandards von Autos. Vieles ist noch unklar. Insbesondere haben viele US-Bundesstaaten, Städte und Firmen selber Klimaziele formuliert und wollen daran festhalten. Wenn eine Energiewende oder neue Technologien sich wirtschaftlich lohnen,

dann setzten sich diese durch, egal was die Trump Administration sagt. Neben den CO_2 -Reduktionen haben die USA wegen des Pariser Abkommens auch eine Verpflichtung, an Entwicklungsländer zu zahlen, um ihnen beim Klimaschutz zu helfen. Da geht es um viel Geld, und das wird noch zu reden geben.

Sie haben von Widerstand gesprochen.

Ja, den gibt es, insbesondere von US-Firmen bis hin zu grossen Ölkonzernen wie Exxon. Aber die Frage ist, was dieser bewirken kann. Von der Wissenschaft hält Trump bekanntlich gar nichts. Er schafft seine eigenen alternativen Fakten. Die Politik ist völlig gespalten, es gibt nur links und rechts, und keinen Versuch sich irgendwo zu treffen. Der Druck der Wirtschaft ist schon relativ hoch. Aber statt Widerstand zu leisten, wäre es wohl einfacher, die Trump-Administration mit dem Argument zu überzeugen, dass sich Klimapolitik lohnen könnte.

Gibt es erst wieder Hoffnung mit dem nächsten US-Präsidenten?

Für die Position der US-Regierung wahrscheinlich schon. Aber die Reaktionen der Wirtschaft und der anderen Länder lassen hoffen, dass die meisten erkannt haben, wo die Chancen in der Zukunft liegen. Wer Forschung und Innovation betreibt, die Transformation zu neuen Technologien vorantreibt, nachhaltig und global denkt, wird sowohl wirtschaftlich wie gesellschaftlich gewinnen. Dazu können wir alle beitragen und müssen nicht auf einen neuen Präsidenten warten.

www.

Fragen und Antworten zum Pariser Abkommen: **tagblatt.ch/4999817**

«Im Moment deutet wenig auf einen Dominoeffekt hin.»



Reto Knutti Klimaforscher an der ETH Zürich

Mahnende Worte aus der Schweiz

Unmut Auch in der Schweiz hat der Entscheid von US-Präsident Donald Trump Wellen geworfen. Die Grünen und Greenpeace organisierten gestern eine Kundgebung mit Dutzenden Teilnehmern vor der amerikanischen Botschaft in Bern. Die offizielle Schweiz kritisierte den Alleingang ebenfalls. Bundespräsidentin und Energieministerin Doris Leuthard erinnerte die USA an ihre «Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt». Just nächste Woche befasst sich Bundesbern wieder mit dem Pariser Abkommen. Der Ständerat wird sich dann voraussichtlich, wie schon der Nationalrat zuvor, für eine Ratifizierung aussprechen. Werner Luginbühl, Berner BDP-

Ständerat und Präsident der zuständigen Umweltkommission, spricht zwar von einem «katastrophalen Signal» aus den USA, fügt aber hinzu: «Die Schweiz muss jetzt erst recht am eingeschlagenen Weg festhalten.»

Dieser umfasst bei den Treibhausgasemissionen ein Reduktionsziel von 50 Prozent bis ins Jahr 2030. Das hat bereits im Nationalrat zu reden gegeben; der Versuch von FDP und SVP, das Ziel zu senken, scheiterte knapp. Auch im Ständerat liegt ein ähnlicher Antrag vor, der aber chancenlos bleiben dürfte. Er stammt aus den Reihen der SVP, die sich als einzige Partei auch gegen die Ratifizierung des Abkommens wehrt. (dow)